Thurgauer Zeitung

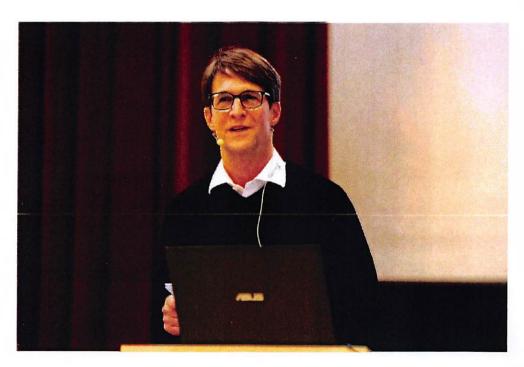
BUDGETVERSAMMLUNG

Ein kleines Wunder für die Schule und eine grosse Mehrheit in der Gemeinde: Das war die Gachnanger Gemeindeversammlung

In Gachnang folgt die Gemeindeversammlung nach der Primarschulgemeindeversammlung. Beide Versammlungen werden souverän geführt und die Traktanden mit einer grossen Mehrheit angenommen. Eine Frage wirft nur die neue Stelle in der Schule auf.

Andreas Taverner

08.12.2023, 11.41 Uhr



Gemeindepräsident Roger Jung an der diesjährigen Versammlung. Bild: Andreas Taverner

Gachnang, zuletzt wegen eines <u>Tötungsdeliktes in den</u> <u>Medien</u>, macht mit der Gemeindeversammlung keine Schlagzeilen. Zunächst leitet Schulpräsident Sven Bürgi die 94 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger durch die

Primarschulgemeindeversammlung, die einstimmig alle Geschäfte annimmt.

Eine Psychomotoriktherapeutin in der Schule



«Es ist ein kleines Wunder, dass wir mit Jana Pfister eine

Sven Bürgi, Schulpräsident der Primarschule Gachnang.

Bild: Andreas Taverner

Psychomotoriktherapeutin welche ab Juli 2024 bei uns arbeiten wird, gefunden haben», sagt Schulpräsident Sven Bürgi. Prompt kommt die Frage eines Anwesenden, wofür eine solche Therapeutin gut sein soll. Die Antwort von Schulleiter Rolf Fuchs: «Kindern, deren Bewegungsund Beziehungsverhalten beeinträchtigt ist, erhalten Hilfe, Unterstützung und Förderung.»

Das Budget sieht Ausgaben von 9'269'550 Franken vor, die Einnahmen sind mit 8'861'400 Franken veranschlagt, worauf ein Minus von 408'150 Franken resultiert. Der Steuerfuss bleibt mit 65 Prozent für das Jahr 2024 unverändert.



Gachnangs Schulleiter Rolf Fuchs.
Bild: Andreas Taverner

Die Gemeindestrassen sind ein Kostentreiber

Im Anschluss leitet Gemeindepräsident Roger Jung die Budgetversammlung. Den nun 95 Anwesenden präsentiert er für das Jahr 2024 ein Budget, das ein Minus von 282'375 Franken vorsieht. Die Einnahmen betragen 19'399'325 Franken, die Ausgaben 19'681'700 Franken. Kostentreiber sind die die reduzierte Nutzungsdauer der Gemeindestrassen. Denn statt wie bisher in 40 Jahren müssen diese neu in 25 Jahren abgeschrieben sein. Dies verursacht Kosten um 100'000 Franken.



Die frisch Eingebürgerten erhalten von der Gemeinde ein Geschenk.

Bild: Andreas Taverner

Ebenfalls steigtt der
Lohnaufwand um
470'000 Franken. Zu
diesem eher trüben
Ausblick sagt Jung: «Wir
wollen zuerst wissen,
was die Zukunft bringt,
deshalb werden wir
allenfalls erst später

eine Steuerfusserhöhung empfehlen.» Somit bleibt dieser bei unveränderten 42 Prozent und alle Traktanden, sowie alle Einbürgerungsgesuche werden mit einer grossen Mehrheit angenommen. (at)